Der Landrat

61 - Kreisentwicklung, Regional-
und Verkehrsplanung
Herr Schwarz

Sitzungsvorlage

Nr. 2015/109

Beschlussvorlage**Übergangslösung für den ÖPNV vom Auslaufen der Liniengenehmigungen im Herbst 2016 bis zur Neuvergabe der Verkehre im Sommer 2017**

Ausschuss für ÖPNV, Verkehr und Straßen	14.09.2015	TOP
Kreisausschuss	21.09.2015	TOP
Kreistag	24.09.2015	TOP

Beschlussvorschlag:

Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Übergangslösung mit der Weiterführung der Verkehrsverträge mit LSE und RBB wird zugestimmt. Die zusätzlichen Kosten von 84.000,- EUR werden vom Landkreis getragen.

Sachverhalt:

Gemäß Beschluss des Kreistages vom 29.09.2014 wurde die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur bedarfsgerechten Optimierung des ÖPNV zu erstellen. Gleichzeitig erhielt die Verwaltung den Auftrag, alle Möglichkeiten der zeitlichen Verschiebung für die Vergabe 2016 zu nutzen.

Die Neuplanung der Verkehre liegt vor und damit der beabsichtigte Leistungsumfang des künftigen ÖPNV (siehe Vorlage 2015/110). Die Entscheidung darüber soll im Kreistag am 24.09.2015 erfolgen. Die für die Direktvergabe des ÖPNV erforderliche Vorabkennzeichnung im EU-Amtsblatt kann deshalb erst im Oktober 2015 veranlasst werden. Auf Grund von Vorgaben der VO (EG) 1370/2007 ist der Abschluss des erforderlichen Öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der LSE erst ein Jahr nach der Vorabkennzeichnung, also im Oktober 2016 möglich. Anschließend benötigt die LSE eine „Rüstzeit“ um die Betriebsaufnahme vorzubereiten. Dazu gehören u.a. die Beantragung der Liniengenehmigungen, Einstellung von Personal, die Beschaffung von Fahrzeugen und die Ausschreibung der Subunternehmerleistungen. Die Betriebsaufnahme nach der Direktvergabe an die LSE soll deshalb am 01.08.2017 zum Schuljahresbeginn 2017/2018 erfolgen.

Für den Zeitraum vom Auslaufen der derzeitigen Liniengenehmigungen Ende August bzw. Ende September 2016 bis zum 31.07.2017 muss deshalb eine Übergangslösung für die Durchführung des ÖPNV gefunden werden. Diese Übergangslösung muss Folgendes sicherstellen:

- Verkehrsunternehmen müssen bereit sein, die Leistungen zu erbringen,
- der Landkreis muss in der Lage sein, die Leistungen zu finanzieren,
- die Genehmigungsbehörde muss die erforderlichen Liniengenehmigungen erteilen.

Die Vorzugsvariante des Landkreises ist, die bestehenden Verkehrsverträge mit der RBB und der LSE bis zum 31.07.2017 mit den darin enthaltenen Finanzierungsvereinbarungen möglichst weiterlaufen zu lassen. Für den gleichen Zeitraum müssten die Verkehrsunternehmen, die gegenwärtig Liniengenehmigungen im Landkreis besitzen, befristete Liniengenehmigungen beantragen.

Dies ist im Fall der LSE unproblematisch.

Die RBB hat jedoch zum Ausdruck gebracht, dass der Finanzierungsbetrag des Landkreises gemäß Verkehrsvertrag für das Übergangsjahr nicht auskömmlich ist. Sie sieht für die Aufrechterhaltung des aktuellen Fahrplanes im Übergangsjahr einen finanziellen Mehrbedarf von rd. 358.000,- EUR. Gründe dafür sind, dass die RBB für die Leistungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg schon jetzt ein Defizit erwirtschaftet und dass durch das neue Fahrplankonzept im Landkreis Uelzen ab August 2016 Synergien verloren gehen.

Um möglichst eine zusätzliche finanzielle Belastung des Landkreises zu verhindern, wurden Leistungskürzungen ins Auge gefasst. In Abstimmung zwischen dem Verkehrsunternehmen, dem Landkreis, der VNO und dem Fahrgastrat wurde auf Basis der Fahrgastzahlen eine Liste mit zu streichenden bzw. zu verändernden Fahrten erarbeitet (siehe Anlage). Grundlage der Liste sind Fahrten mit sehr geringer Nachfrage bzw. Fahrten, zu denen es alternative Verbindungen gibt. Es wurde dabei Wert auf die Sicherung der überörtlichen Anbindung gelegt.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen könnte die RBB ihren zusätzlichen Finanzierungsbedarf auf 104.000,- EUR begrenzen. Berücksichtigt man dabei die vertraglich vereinbarten Preissteigerungen für 2015 und 2016 von rd. 20.000,- EUR, die sich aus der Entwicklung der Preisindizes gemäß Statistischem Bundesamt ergeben, würde der zusätzliche Finanzierungsbedarf für das Übergangsjahr **84.000,- EUR** betragen. Diese Summe müsste anteilig den Haushaltsjahren 2016 und 2017 zugeordnet werden.

Sollte der Landkreis diese Mehraufwendungen akzeptieren würde die RBB das Vertragsverhältnis mit dem Landkreis für das Übergangsjahr fortsetzen und die Verkehrsleistungen erbringen.

Dies wäre auch für den Landkreis zweckmäßig. Denn die Fortführung der Leistungen im Übergangszeitraum durch die bisher tätigen Verkehrsunternehmen, dazu gehören auch die Subunternehmen, ist die beste Gewähr dafür, dass die Verkehre reibungslos weiterlaufen. Dies ist insbesondere im Interesse der Fahrgäste ein wesentliches Kriterium. Durch die Fortführung des Verkehrsvertrages mit dem o.a. Zusatzbetrag wäre auch der finanzielle Rahmen für den Landkreis klar definiert.

Würde der Verkehrsvertrag mit der RBB gekündigt werden, müsste der Landkreis die Verkehre im Übergangsjahr über eine Notvergabe sicherstellen. Dabei gäbe es folgende Risiken:

- Es würde erheblicher Aufwand entstehen, um diese Verkehre zu organisieren. Die dafür erforderlichen Personalkapazitäten stehen nicht zur Verfügung.
- Der Zeitraum, der für die Organisation der Verkehre zur Verfügung steht, ist nicht ausreichend für die Sicherung eines störungsfreien Betriebes.
- Es ist nicht vorhersehbar, welche Kosten der Landkreis für die Notverkehre tragen müsste. Diese würden erst nach der Ausschreibung der Verkehre feststehen.
- Es ist nicht auszuschließen, dass die Verkehre durch ein hier neues Verkehrsunternehmen auf Grund der fehlenden Erfahrungen im Kreisgebiet nicht reibungslos bewältigt werden.

Deshalb wird empfohlen, die Vertragsbeziehung mit der RBB für das Übergangsjahr fortzusetzen und die zusätzlichen Kosten zu tragen. Die notwendigen Fahrplankürzungen können für den Übergangszeitraum akzeptiert werden.

Anlage:

Auflistung der im Übergangsjahr zu streichenden bzw. zu verändernden Fahrten

Finanzielle Auswirkungen:

Die zusätzlichen Kosten von 84.000,- EUR müssen anteilig in den Haushaltsplänen 2016 (35.000,- EUR) und 2017 (49.000,- EUR) berücksichtigt werden.